



WID - Kompakt Nr. 17/75

1. **Reichsbürgerinnen und Reichsbürger in Rheinland-Pfalz**
2. **Digitalisierung in Wirtschaft und Verwaltung**
3. **Situation der Ergotherapie und Logopädie in Rheinland-Pfalz**
4. **Haushaltslage und Haushaltsentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz**
5. **Landesnetzwerk SCHLAU zur Sexuaufklärung an Schulen in Rheinland-Pfalz**
6. **Gemeindegewest^{plus}**
7. **Mobiler Arbeitsplatz bei der Polizei Rheinland-Pfalz**
8. **EU weitet Schutz vor krebserzeugenden Stoffen am Arbeitsplatz aus**
9. **EU: Eine neue Bioökonomie-Strategie für ein nachhaltiges Europa**
10. **EU-Kraftstoffkennzeichnung: Klarere Informationen für Verbraucher und Betreiber**
11. **EU: Kampf gegen Desinformationen: Internet-Plattformen legen der EU-Kommission Pläne vor**

1. Reichsbürgerinnen und Reichsbürger in Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung gibt in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 17/7429) einen Überblick über die Reichsbürger-Szene in Rheinland-Pfalz. Mit Stand August 2018 würden dem Spektrum sogenannter Reichsbürger und Selbstverwalter in Rheinland-Pfalz rund 550 Personen zugerechnet, von denen etwa 12 Prozent in Gruppen organisiert seien. Mehr als die Hälfte dieser Personen besäße ein Alter über 50 Jahre und fast ein Drittel fiele in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Koblenz. Eine spezifische, in sich geschlossene „Reichsbürger“-Ideologie existiere nicht. Verstärkte Radikalisierungstendenzen seien im rheinland-pfälzischen „Reichsbürger“-Spektrum bislang nicht erkennbar und es würden aktuell keine Personen aus diesem Kreis als Gefährder geführt. Im jährlichen Verfassungsschutzbericht informiere die Landesregierung über Hintergründe und Aktivitäten des „Reichsbürger“-Spektrums.

2. Digitalisierung in Wirtschaft und Verwaltung

In Rheinland-Pfalz stünden umfassende Strukturen, Instrumente und Programme zur Innovationsförderung zur Verfügung, die auch für den Bereich der Digitalisierung in Anspruch genommen werden könnten. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der AfD-Fraktion hervor (Drs. 17/7487). Die Innovations- und Technologieförderung stelle Förderinstrumente auf einzel- und überbetrieblicher Ebene zur Verfügung. In den Jahren 2015 bis 2017 hätten insgesamt 76 Projekte die Instrumente für Digitalisierungsvorhaben in Anspruch genommen, die bewilligte Förderung habe bei insgesamt 16 383 900 Euro gelegen.

Als richtungsweisende Innovationen für Rheinland-Pfalz im Bereich der Digitalisierung nennt die Landesregierung die Bereiche Industrie 4.0, Künstliche Intelligenz und Smart Farming. Die Digitalisierung der Landwirtschaft böte umfassende Chancen und trage zur Steigerung der Wertschöpfung im ländlichen Raum bei.

Im Bereich der Verwaltung habe die Landesregierung im April 2015 die Einführung einer einheitlichen E-Akte für die obersten Landesbehörden beschlossen. Durch digitale Angebote der Verwaltung würden die Bürokratiekosten gesenkt, Bearbeitungszeiten verkürzt und Leistungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen leichter in Anspruch genommen werden.

3. Situation der Ergotherapie und Logopädie in Rheinland-Pfalz

Die demografische Entwicklung in Rheinland-Pfalz führe zu einem erhöhten medizinischen und therapeutischen Behandlungsbedarf sowie komplexeren Anforderungen, die sich nur über ausreichend und gut ausgebildete Fachkräfte bewältigen ließe, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD (Drs. 17/7428). Ergotherapie und Logopädie leisteten einen wichtigen Beitrag für die Gesundheitsversorgung, allerdings sei in diesen Bereichen die Fachkräftesituation angespannt. Für eine bedarfsgerechte Steigerung der Zahl der ausgebildeten Fachkräfte ermittle die Landesregierung in regelmäßigen Abständen den Fachkräftebedarf und schaffe Rahmenbedingungen wie beispielsweise eine schulgeldfreie Ausbildung. Maßnahmen zur Fachkräftesicherung würden seit 2010 in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Berufsgruppen erarbeitet werden. Diese beträfen insbesondere die Handlungsfelder Beschäftigungsbedingungen, Ausbildung und Aufwertung des Berufs.

4. Haushaltslage und Haushaltsentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz

Zur Lage und zur Entwicklung des Landeshaushalts für die Jahre 2016 bis 2018 nimmt die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion Stellung (Drs. 17/7391). Der Gesamtschuldenstand habe sich von 38,1 Milliarden EUR (2016) auf 32,3 Milliarden EUR (2017) verringert und sei für Ende 2018 mit 32,1 Milliarden EUR prognostiziert, was einem Schuldenstand von 7911 EUR pro Einwohner entspreche. Die Kreditaufnahme des Landes konzentriere sich vermehrt auf den Abschluss festverzinslicher Kredite mit längeren Laufzeiten, um das aktuell sehr niedrige Zinsniveau für die Zukunft zu sichern. Der Haushalt ohne strukturelle Neuverschuldung würde nach dem Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2019/2020 bereits 2019 erreicht. Die Steuereinnahmen inklusive Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen hätten sich 2017 im Vergleich zum Vorjahr erhöht und lägen für 2018 voraussichtlich bei 3344 EUR pro Einwohner.

Auf der Ausgabenseite seien neben dem Kernhaushalt auch die Landesbetriebe, das Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität, die private Vorfinanzierung von Landesstraßen, Wasseranlagen und Hochbauten sowie Krankenhausinvestitionen zu berücksichtigen. Der Doppelhaushalt beinhalte auch den seit 2016 beschlossenen und begonnenen Abbau von ca. 2000 Stellen in der Landesverwaltung.

5. Landesnetzwerk SCHLAU zur Sexuaufklärung an Schulen in Rheinland-Pfalz

Das Landesnetzwerk SCHLAU ist Gegenstand einer Großen Anfrage der Fraktion der AfD (Drs. 17/7481). Die Fraktion bittet die Landesregierung um Informationen zur Förderung durch die Landesregierung sowie zur Höhe der Fördersummen. Sie möchte insbesondere wissen, an welchen Schulen mit welchem Zeitaufwand entsprechende Workshops durchgeführt wurden. Außerdem erkundigt sich die Fraktion nach den Gründen und dem Beginn der Förderung durch die Landesregierung sowie nach der Höhe der Fördersummen, den speziell geförderten Bereichen sowie der Einbindung der Eltern und Lehrer im Rahmen der Workshops.

6. Gemeindegewerkschaften^{plus}

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass das präventive und gesundheitsfördernde Beratungsangebot der Gemeindegewerkschaften^{plus} auch nach der Modellphase fortgesetzt wird, heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7491).

Die Landesregierung habe – vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags – Haushaltsmittel im kommenden Doppelhaushalt vorgesehen, die eine Weiterfinanzierung des Angebots in den sogenannten Modellkommunen sowie eine Ausweitung auf neue Kommunen ermöglichen sollen.

Weiter setze sie sich für eine Regelfinanzierung des Angebotes ein und sehe dabei eine Mitverantwortung der Kassen und auch der Kommunen. Die Kassen hätten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an der Entwicklung zukünftiger Finanzierungsmöglichkeiten bereits signalisiert.

7. Mobiler Arbeitsplatz bei der Polizei Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung informiert in einem schriftlichen Bericht über das Pilotprojekt „Mobiles Arbeiten Polizei“ (MoAP), das im April 2018 nach sechs Monaten erfolgreich abgeschlossen worden sei (Vorlage 17/3863). Damit sei ein weiterer wichtiger Schritt zur Modernisierung der Informationstechnologie für die Polizei Rheinland-Pfalz getan worden. Der Mobile Arbeitsplatz trage dazu bei, die Polizei Rheinland-Pfalz zukunftsfähig mit fortschrittlichen und sicheren Kommunikationsmitteln auszustatten. Die Landesregierung plane, für die Beschaffung mobiler Endgeräte bis zum Jahr 2021 7,5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Seit 2016 sei eine landesweite Arbeitsgruppe in der Polizei Rheinland-Pfalz mit der Vorbereitung des Projekts „Mobiler Arbeitsplatz“ befasst gewesen. Die Vorstudie dieser Arbeitsgruppe habe als Grundlage für die fachlichen Anforderungen des Pilotprojekts gedient. Während des Pilotprojekts seien verschiedene polizeiliche Fachanwendungen eingesetzt und Apps für mobile Endgeräte speziell für die Polizei entwickelt worden. Die hierüber eingegebenen Daten gelangten direkt in das polizeiliche Vorgangsverarbeitungssystem, eine spätere Übertragung auf der Dienststelle entfalle. Hierdurch erhöhe sich die Effizienz der polizeilichen Arbeit, da Doppelerfassungen entbehrlich würden.

8. EU weitet Schutz vor krebserzeugenden Stoffen am Arbeitsplatz aus

Die Liste der als krebserzeugend anerkannten chemischen Stoffe am Arbeitsplatz wird um acht weitere Stoffe, zu denen auch Dieselabgase gehören, erweitert, so die Europäische Kommission in ihrer Presseerklärung vom 11. Oktober 2018.

Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, bekräftigt, dies bedeute einen besseren Schutz für mehr als 20 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa. Beschäftigte in der chemischen Industrie, der Metall- und der Automobilindustrie, Berufskraftfahrer, Bauarbeiter sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Hafensektor und in der Lagerei würden besonders von den neuen Vorschriften profitieren. Gleichzeitig würde der Binnenmarkt einfacher und gerechter, da es vor allem für Klein- und Kleinstunternehmen leichter würde, die Arbeitsschutzvorschriften zu befolgen.

9. EU: Eine neue Bioökonomie-Strategie für ein nachhaltiges Europa

Die Europäische Kommission hat einen Aktionsplan für den Aufbau einer nachhaltigen und kreislauforientierten Bioökonomie vorgelegt. Dies teilt sie in ihrer Pressemittteilung vom 11. Oktober 2018 mit.

Die neue Bioökonomie sei Teil der Bemühungen der Kommission, neue Impulse für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen zu geben. Ziel sei es, die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen zu verbessern und auszuweiten, um die weitreichenden Herausforderungen wie den Klimawandel und die daraus entstehende und lang anhaltende Entwicklung bewältigen zu können.

In einer Welt endlicher biologischer Ressourcen und Ökosysteme bedürfe es einer Innovationsanstrengung, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, sauberem Wasser sowie Energie gesichert sei. Eine nachhaltige, kreislauforientierte Bioökonomie lasse sich nur realisieren, wenn öffentliche Stellen und die Industrie gemeinsame Anstrengungen unternähmen.

10. EU-Kraftstoffkennzeichnung: Klarere Informationen für Verbraucher und Betreiber

Ab dem 12. Oktober werden in ganz Europa neue harmonisierte Kraftstoffkennzeichnungen zu sehen sein. Sie werden die Fahrer überall in Europa besser darüber informieren, welche Kraftstoffe für ihre Fahrzeuge geeignet sind, und ihnen helfen, eine Fehlbetankung zu vermeiden und Informationen über die Umweltauswirkungen ihrer Wahl zu erhalten. Dies hat die Europäische Kommission in ihrer Pressemittteilung vom 12. Oktober 2018 veröffentlicht.

Alternative Kraftstoffe könnten dazu beitragen, die Probleme im Bereich der Luftqualität in Europa zu verringern. Allerdings bedeute die wachsende Vielfalt der auf dem europäischen Markt verfügbaren Kraftstoffe, dass Fahrer, Unternehmen und Tankstellenbetreiber klarere Informationen über die an

Tankstellen verkauften Kraftstoffe benötigten. Ab jetzt würden Kunden an allen öffentlichen Tankstellen in allen Mitgliedstaaten an den Zapfsäulen und Einfüllstutzen neue, EU-weit harmonisierte Kraftstoffsymbole vorfinden. Auch für neu hergestellte Fahrzeuge würden dieselben vereinfachten Etiketten vorgeschrieben und auf den Tankdeckeln angebracht.

11. EU: Kampf gegen Desinformationen: Internet-Plattformen legen der EU-Kommission Pläne vor

Facebook, Twitter, Google und Mozilla haben der EU-Kommission ihre Pläne vorgelegt, wie sie Desinformation im Internet bekämpfen werden, teilt die Kommission in ihrer Pressemitteilung am 16. Oktober 2018 mit.

Digitalkommissarin Mariya Gabriel erklärt, sie begrüße diese klare Verpflichtung und betrachte dies als einen ersten Erfolg des von der Kommission im April letzten Jahres angenommenen Ansatzes zur Bekämpfung von Online-Desinformationen. Sie werde die Fortschritte genau verfolgen und Ende des Jahres bewerten, ob weitere Maßnahmen erforderlich seien, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen.